

## Stellungnahme zur Regierungserklärung

Sehr geehrter Herr Präsident,  
Sehr geehrte Mitglieder der Regierung und des Parlamentes,  
Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

In Ihrer Regierungserklärung haben Sie nochmals die Schwerpunkte der Regierungserklärung vom 13. September 2004 behandelt. Das waren naturgemäß bereits bekannte Inhalte. Verständlicherweise lehnen sich daher die Argumente der Oppositionsfraktionen ebenfalls an die bereits erfolgten Stellungnahmen an. So auch für die VIVANT-Fraktion. Ich werde deshalb die heutige Reaktion auf einige für uns wesentliche Punkte begrenzen, aber auch einige neue Aspekte einfließen lassen.

Im Bereich *Wirtschaft und Beschäftigung* wird wohl jeder anerkennen, dass die DG nicht die Hände in den Schoß legt. Auch die VIVANT-Fraktion erkennt dies an. So finden die Anstrengungen im Unterrichts- und Ausbildungsbereich in punkto Qualität, Praxisnähe, Sprachenkompetenz, um nur einige zu nennen, unsere volle Unterstützung. Auch die Anstrengungen des Arbeitsamtes sind sehr lobenswert. Unabhängig davon, wie ja auch zu erwarten ist, steigt auch in der DG die Arbeitslosenrate. Auch in der DG können viele kleine und mittelständische Unternehmen und landwirtschaftliche Familienbetriebe nicht die Arbeitsplätze halten bzw. schaffen, welche sie bei richtigeren strukturellen Rahmenbedingungen anbieten könnten. Und das ist ganz besonders dramatisch. Der Fehler ist die Ankoppelung der Sozialen Sicherheit an die Arbeit und die dadurch zu hohen Lohnnebenkosten. Kann die DG etwas dagegen tun? Natürlich nicht direkt, aber sehr wohl indirekt in ausdauernder Lobby-Arbeit in Namur und in Brüssel. Es geht sich dabei um die Menschen in der DG. Gravierenden Fehler in punkto Energiepolitik, wie wir sie vor wenigen Tagen wieder erlebten, dürfen einfach nicht mehr passieren! Mit dem Streichen der geplanten und richtigen Maßnahme der Energieschecks für alle Haushalte, und der an Stelle dessen beschlossenen Senkung der föderalen Steuern auf Heizöl und Treibstoffe wird erneut die verkehrte Entwicklung unterstützt.

Es ist doch eine Tatsache, dass die Menschen generell nur bei hohen Energiepreisen bereit sein werden tatsächlich Energie einzusparen. Auch die Unternehmen werden nur bei hohen Energiepreisen bereit sein die Ramschwarenproduktion einzustellen und reparaturfähige Qualitätsprodukte herzustellen. Eine echte Marktchance haben die Solarenergien nur bei teuren konventionellen Energieträgern. Aber gerade unter diesen Voraussetzungen muss die soziale Gerechtigkeit gewahrt bleiben, und deshalb müssen die Familien mit kleinen und mittleren Einkommen finanziell entlastet werden. Das kann der Föderalstaat am Besten über einen Energiescheck, finanziert mit den Steuereinnahmen der hohen Energiepreise, so wie es ja auch ursprünglich geplant war.

Nur mit einem solchen Maßnahmenpaket werden wir einen effektiven Schutz des Klimas erreichen und nur dann, das klingt jetzt dramatisch ist aber trotzdem Realität, werden unsere Kinder und Kindeskiner, auch hier in der DG, überleben können. Das ist keine Spinnerei, sondern anerkannter Informationsstand.

Ist das aber weit entfernte Weltpolitik, Herr Lambertz? Nein, es ist Politik, die von Ihnen und von Ihren Kollegen in der Regierung, für uns alle, vertreten werden muss, und ich hoffe bereits vertreten wird.

Aber wird bereits deutlich alles, was konkret in dieser Hinsicht in der DG getan werden könnte, getan? Ich glaube, nein!

Energiesparmaßnahmen in der DG durch die öffentliche Hand können hier viele neue Arbeitsplätze schaffen. Die Förderung der Produktion von biologischen Treib- und Heizstoffen und der Errichtung von Biogasanlagen durch unsere Landwirte, würde vielen Landwirten in der DG gut tun und Arbeitsplätze schaffen.

Die Natur wird es erzwingen, ob Sie es nun wollen oder nicht, möglicherweise schon in dieser Legislaturperiode, dass Sie dieses Thema zu Ihrem Schwerpunkt machen müssen. Warum dann nicht sofort und freiwillig und zum Vorteil der DG?

In Ihrer Regierungserklärung sehen Sie den Bereich **Sozialökonomie** als Alternative zum ersten Arbeitsmarkt für schwer vermittelbare Arbeitslose.

Die VIVANT- Fraktion regt an, die Sozialwirtschaft als Alternative für alle Arbeit Suchenden zu betrachten und dergestalt auszubauen. Auch in diesem Bereich muss ein grundsätzliches Umdenken in der Gesellschaft stattfinden. Das viel beschworene Wirtschaftswachstum darf nicht länger vorwiegend von der Produktion industrieller Massenverbrauchsgüter erwartet werden, - das wird immer mehr zur Utopie- , sondern es muss aus der Investition in die Bereiche Unterricht, Bildung, Forschung und soziale Dienste erfolgen. Dazu braucht der Staat Geld, viel Geld.

Es ist deshalb einfach nicht länger hinnehmbar, dass dem Gemeinwohl Jahr für Jahr Milliarden Beträge entzogen werden. Für mich ist dieser Tatbestand ebenfalls ein zentrales Thema für eine intensive Lobbyarbeit durch die Regierung.

Herr Ministerpräsident, Sie hatten eine gute Anregung gemacht, als Sie vorschlugen, gewisse aktuelle und bedeutende Themen in Form von offenen Debatten oder auch im Rahmen von speziellen Veranstaltungen zu erörtern und dann gegebenenfalls zu konkreten Aktionsplänen und Dekreten zu kommen. Die VIVANT- Fraktion sieht drei Themen für eine solche Initiative: 1. das Energie- und Klimathema, 2. die Möglichkeit einer regionalen Ersatzwährung in der DG, und 3. das bedingungslose, individuelle Grundeinkommen.

Im Bereich **Finanzen und Infrastruktur** spreche ich verschiedene für uns notwendige Sparmaßnahmen an.

1. Als erstes die geplante, bzw. erwünschte, gemeinsame Durchforstungsaktion. Die VIVANT- Fraktion unterstützt diese Initiative, weil sie ja ein besseres Endergebnis für uns alle verspricht. Wir hoffen natürlich darauf, dass es sich nicht nur um einen raffinierten und taktischen Schachzug handelt, der darauf hinzielt, die Opposition zu vereinnahmen.
2. Dann soll, wie verlautet, auch in diesem Jahr wieder eine Umschuldung erfolgen. Ich erinnere daran, dass die Umschuldung zu Beginn des Jahres 2004 die DG über 3 Millionen Euro an zusätzlichen Schuldzinsen gekostet hat. Auch in 2005 ist bereits eine finanzielle Transaktion mit Belastung einer Immobilie erfolgt.

Die Regierung handelt auf diese Weise, um ihren Versprechungen im Investitionsbereich gerecht werden zu können. Sie vertraut dabei auf zusätzlich zu erwartenden Millionen aus der Refinanzierung. Sogar der Rechnungshof hat schon 2X vor eventuell diesbezüglich zu großer Blauäugigkeit gewarnt. Man erkennt jedenfalls, wie dringend notwendig eine gründliche Durchforstungsaktion und auch eine andere Subsidierungspolitik sind. Ich erinnere an die Forderung der VIVANT- Fraktion die Höhe der Subsidierung öffentlicher Arbeiten in der DG von 60 auf 40 und von 80 auf 60% zu kürzen. Natürlich müssen weiterhin wirklich gerechtfertigte und notwendige Ausnahmen möglich sein.

3. Die geplanten großen Infrastrukturmaßnahmen im Bereich Kultur und Verwaltung in Eupen und in St. Vith stehen ebenfalls und hochaktuell in unserer Kritik! Hier wird die DG sich nach unserer Überzeugung maßlos übernehmen. Es kann nicht Aufgabe der öffentlichen Hand sein, - auf Kredit - große Investitionen im Bereich Unterhaltung zu tätigen. Der Bereich Unterhaltung ist eine Aufgabe für private Investoren! Für alle verantwortungsvollen Politiker muss die Zeit der Spaßgesellschaft vorbei sein, angesichts der riesengroßen und kostspieligen Herausforderungen im Bereich des Klimaschutzes, der Arbeitslosigkeit, der Veralterung unserer Gesellschaft, usw.
4. Auch das Parlament selber kann sich der Notwendigkeit des sinnvollen Sparens nicht entziehen. Ausdrücklich lobenswert erwähnen möchte ich hier Ihre Initiative, Herr Präsident, den Parlamentsmitgliedern die Anlagen zur Regierungserklärung, ca. 720 Seiten stark, nicht in Papierform, sondern als CD-Rom zuzustellen. Ich rege nachdrücklich an, diese Unterlagen nicht im Nachhinein doch noch auszudrucken. Auch sollten alle Fraktionen Ihnen die Namen der Listenmitglieder, welche tatsächlich die Parlamentsunterlagen auch lesen, mitteilen, damit nicht unnötig Ressourcen verschwendet werden. VIVANT hat das bereits getan.  
Die VIVANT- Fraktion erkennt für das Parlament nicht die Notwendigkeit eines Umzugs. Die vorgebrachten Argumente können für uns nicht überzeugen. Das Geld dazu müsste wieder

als teurer Kredit aufgenommen werden. Die Rückzahlung dieser Kredite belastet in erster Linie die kleinen Steuerzahler – da drängt sich die Frage auf: Ist das Demokratie?

Vom 19. bis 21. September, also von Montag bis Mittwoch fand die 2te. Internationale Frankophone Konferenz zur Kontrolle des Tabakkonsums in Paris statt. Ich hatte die Chance daran teilzunehmen. Es war eine hochrangige, sehr dynamische Veranstaltung.

Die erschütternden Zahlen zur weltweiten Tabaksucht wurden bereits vor der Sommerpause, hier in diesem Hause, während der Debatte zur Ratifizierung der Anti-Tabak-Konvention der WHO genannt. Es wurden auch die kriminellen Handlungen der Tabakindustrie sichtbar, eine Industrie welche nicht zögert, ihre Profite auch mit verbrecherischen Mitteln zu steigern. Ganz gezielt sind Kinder und Jugendliche und vor allem die Mädchen im Visier der verbrecherischen Marketingstrategen. In Paris wurde die ganz wesentliche Rolle der Politik aufgezeigt. Neben Aufklärungs- und Informationskampagnen sind auch eine Vielzahl von zu treffenden gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere im Schulbereich notwendig. Im Februar 2005 hatten Sie, Herr Minister Paasch, angekündigt, ein absolutes Rauchverbot, zusammen mit den Schulleitungen in der DG durchsetzen zu wollen. Ich möchte Sie hiermit daran erinnern und biete Ihnen die unbedingte Unterstützung und Mitarbeit der VIVANT- Fraktion in diesem Kampf gegen die Zigarettenindustrie an.